

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Dezentrale Unterbringung und Unterkunftsplätze in Hotels sichern! Perspektiven für die Schließung der Massenunterkunft in Tegel schaffen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, umgehend die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die notwendigen Finanzmittel für die Verlängerung von Mietverträgen und für die Neuanmietung von Unterkunftsplätzen für geflüchtete Menschen in Hostels und Hotels für das kommende Jahr vom Abgeordnetenhaus freigegeben werden können, um die Mietverträge mit den Hotelbetreibern zu verlängern und neu abzuschließen. Entsprechende Vorlagen müssen den zuständigen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses umgehend vorgelegt werden. Gemäß einem zurückgezogenen Schreiben der Sozialsenatorin an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses und entsprechenden Presseberichten ist die derzeitige Notunterbringung in Hotels und Hostels zu sichern und auszubauen, um die Notunterbringung im Ukraine-Ankunftscenter auf dem ehemaligen Flughafengelände in Tegel (UA TXL) in den nächsten zwei Jahren zu reduzieren und mittelfristig auflösen zu können. Die Verlängerung von bisher über 2.500 Notunterkunftsplätzen für Geflüchtete in Hotels und Hostels ist derzeit unsicher, weil im Senat bisher keine Einigung über die Freigabe entsprechender Vorlagen stattgefunden hat. Dabei müssen diese Plätze noch durch den Abschluss und die Verlängerung von Verträgen in 2024 mit den Hotelbetreibern über den 31. Dezember 2024 hinaus gesichert werden, da anderenfalls die Gefahr besteht, dass Hotelbetreiber aus wirtschaftlichen Gründen andere Nutzungen der dringend für die Unterbringung von Geflüchteten benötigten Zimmer ab Jahresbeginn 2025 anstreben.

Mit der Verzögerung der Verlängerung der Mietverträge und der Neuanmietungen riskiert der Senat, dass die in den angemieteten Zimmern lebenden Geflüchteten ihr bisheriges Zuhause verlieren und auch in die Massenunterkunft in Tegel ziehen müssen, wo mehrere tausend Menschen, darunter viele Familien, auf engstem Raum ohne Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten untergebracht sind und massive berechtigte Beschwerden von Bewohner*innen zu den dortigen Zuständen vorliegen.

Auch die Anmietung weiterer Hotelzimmer ist nötig und auch dafür müssen die Finanzmittel unverzüglich freigegeben werden, damit überhaupt eine Perspektive für die Schließung der Massenunterkunft in Tegel bestehen kann, die die Sozialsenatorin mehrfach im Integrationsausschuss (zuletzt am 10. Oktober 2024 in der Aktuellen Viertelstunde im Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung, 24. Sitzung) sowie im Plenum des Abgeordnetenhauses (Plenarprotokoll, 54. Sitzung, Donnerstag, 17. Oktober 2024, Seite 5227) angekündigt hat. Der Senat

wird aufgefordert dem Abgeordnetenhaus über die Verlängerung und den Abschluss der Mietverträge über die Hostel- und Hotelzimmer noch im Dezember 2024 zu berichten.

Außerdem wird der Senat dazu aufgefordert ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und einen verbindlichen Zeitplan zur Auflösung der Notunterkunft Tegel und zum Umzug der Geflüchteten in Wohnungen oder übergangsweise in reguläre Unterkünfte vorzulegen. Das Konzept ist im Senat verwaltungsübergreifend und in Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern, Nichtregierungs- und Beratungsorganisationen und vor allem den Geflüchteten und ihren Selbstvertretungsorganisationen zu erarbeiten. Dem Abgeordnetenhaus ist zeitnah darüber zu berichten.

Begründung:

Offensichtlich besteht im Senat und in der Koalition Streit darüber, ob die Verlängerung und Neuvermietung von Hotelzimmern und die Freigabe von entsprechenden Finanzmitteln zügig erfolgen muss oder nicht und ob die Massenunterkunft in Tegel, in der für die untergebrachten Geflüchteten unhaltbare Zustände herrschen, reduziert und so schnell wie möglich geschlossen werden sollte (vgl. „Senat streitet über Unterbringung von Geflüchteten: Tausende Plätze in Hotels könnten in Berlin wegfallen“, 4.11.2024, Tagesspiegel und „Streit um Geflüchtetenunterkünfte: Für Wahlkampf in der Berliner Koalition ist es deutlich zu früh“, 4.11.2024, Tagesspiegel). Der Regierende Bürgermeister Wegner soll hingegen in einem Gespräch mit Auslandskorrespondenten in Berlin ausgesagt haben, dass er davon ausgeht, dass UA TXL weiter ausgebaut werden muss („Wegner: Flüchtlingsunterkunft Tegel wird wohl noch größer“, 16.10.2024, B.Z.) und wollte dies auf Nachfrage im Plenum ebenfalls nicht ausschließen (Plenarprotokoll, 54. Sitzung, Donnerstag, 17. Oktober 2024, Seite 5226), während die Sozialsenatorin die schnellstmögliche Schließung und den Umzug der Geflüchteten in bessere Wohnmöglichkeiten als Ziel verkündete (zuletzt am 10. Oktober 2024 in der Aktuellen Viertelstunde im Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung, 24. Sitzung und am 17. Oktober 2024 im Plenum des Abgeordnetenhauses, Plenarprotokoll, 54. Sitzung, Seite 5227).

Zentral für ein gutes Ankommen und die Teilhabe von Geflüchteten ist der Zugang zu Wohnungen. Dieser muss verbessert werden. Bis zum Umzug in Wohnungen müssen Not- und Gemeinschaftsunterkünfte so ausgestaltet sein, dass sie ebenfalls ein gutes Ankommen und die Selbstbestimmung der Geflüchteten ermöglichen.

Zur Sicherstellung des Zugangs zu Wohnungen und übergangsweise zu standardwahrenden Unterkünften braucht es ein nachhaltiges und langfristig tragbares Lösungskonzept, das in Zusammenarbeit mit dem Senat, Bezirksämtern, Nichtregierungs- und Beratungsorganisationen, den lokalen Gemeinschaften in Bezirken und Kiezen und vor allem den Geflüchteten und ihren Selbstvertretungsorganisationen erstellt wird. Dazu gehört auch die Anmietung von Hostel- und Hotelzimmern. Entsprechende Mietverträge sind unverzüglich zu verlängern und auszubauen, damit Geflüchteten der Auszug aus Tegel ermöglicht werden kann und nicht noch mehr Menschen verpflichtet werden dort hinzuziehen. Diese Unterbringungsform ist sogar kostengünstiger und damit haushaltsschonender als eine Unterbringung in UA TXL und vor allem humaner. Der Senat beschreibt zudem in seinen Richtlinien der Regierungspolitik das Ziel „einer dezentralen und integrationsfördernden Unterbringung und eine bedarfsgerechte sozialarbeiterische Begleitung“ und der Verantwortung Berlins als „sicherer Hafen“ (Richtlinien der Regierungspolitik, Kapitel „Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt“, Unterkapitel „Integration“).

Der Senat muss jetzt handeln und die Voraussetzungen zur Freigabe der Finanzmittel für die Hotelanmietungen schaffen und entsprechende Verträge verlängern und abschließen und ein Konzept zur Auflösung von UA TXL vorlegen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Berlin, den 05.11.2024

Helm Schulze Eralp
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke